



## THEMEN DER WOCHE

Mainz, 12. Juni 2020

Nr. 17/140

1. **Entwicklung und Effizienz der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie den Struktur- und Genehmigungsdirektionen**
2. **Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierungssysteme (SbEA)**
3. **Fahrraddiebstähle in Rheinland-Pfalz**
4. **Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018**
5. **Bundesrat: Hilfen für die Kultur, Stärkung des Radverkehrs und Verunglimpfung von EU-Symbolen**

**1. Entwicklung und Effizienz der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie den Struktur- und Genehmigungsdirektionen**

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der AfD  
– [Drs. 17/11963](#) –

Mit dem Landesgesetz zur Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung, das zum 1. Januar 2000 in Kraft trat, wurde eine grundlegende neue, **funktional orientierte Organisation der mittleren Verwaltungsebene** geschaffen, führt die Landesregierung in ihrer Antwort aus. Die Landesregierung berichtet nach den Vorgaben des Verwaltungsorganisationsreformgesetzes dem Landtag alle drei Jahre über wesentliche Veränderungen bei der Aufgabenwahrnehmung und hat bislang fünf Berichte vorgelegt. Die neuen Strukturen wurden und werden in einem ständigen Prozess überprüft, so die Landesregierung weiter. Gegebenenfalls würden sie dabei optimiert und an die sich ändernden rechtlichen, wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen angepasst.

**2. Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierungssysteme (SbEA)**

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
– [Drs. 17/11812](#) –

Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierungssysteme (SbEA) sind **Optionale Hilfsmittel** der Organisierten Ersten Hilfe, so die Landesregierung. Obwohl die Organisierte Erste Hilfe kein Teil des Rettungsdienstes sei, würden die zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen im novellierten Rettungsdienstgesetz beschrieben. Zur Alarmierung von Einheiten der Organisierten Ersten Hilfe könnten die kommunalen Aufgabenträger auf die Rettungsleitstellen zurückgreifen.

Aus fachlicher Sicht bewertet die Landesregierung eine landkreis-, regionen-, oder landesübergreifende Alarmierung durchaus positiv. Aufgabenträgern, welche im Rahmen ihrer Organisierten Ersten Hilfe solche SbEA einsetzen, stünde es frei, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit hierzu entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Das Land Rheinland-Pfalz als oberste Behörde für den Rettungsdienst wäre daher bereit, die Kommunen bei der **Koordinierung zu unterstützen**, wenn von einer solchen Maßnahme verschiedene Rettungsdienstbereiche betroffen wären.

### 3. Fahrraddiebstähle in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
– [Drs. 17/11837](#) –

Da es sich bei Fahrraddiebstählen regelmäßig um lokale bzw. regionale Phänomene handelt, ist eine Fahndung über das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) weder fachlich geboten noch verhältnismäßig, erläutert die Landesregierung. Denn Zweck des SIS II sei die Erleichterung der **Bekämpfung der grenzüberschreitenden bzw. EU-weiten Kriminalität**. Eine Sachfahndung zwecks Sicherstellung oder Beweissicherung sei nach dem SIS II erlaubt z.B. für Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von mehr als 50 ccm, Luftfahrzeugen, Schusswaffen oder auch Blankodokumente.

Die rheinland-pfälzische Polizei ergreife alle rechtlich zulässigen und taktisch gebotenen Maßnahmen, um Fahrraddiebstähle zu verhindern bzw. schnellstmöglich aufzuklären. Fahndungen nach Sachen würden im polizeilichen Informationssystem grundsätzlich zehn Jahre gespeichert, wobei die Daten der Geschädigten hiervon nicht in jedem Fall umfasst seien. Die aktuell geltenden **Löschfristen** erachtet die Landesregierung als ausreichend. Sie entsprächen den Vorgaben des EU-Datenschutzes.

### 4. Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018

Unterrichtung durch die Landesregierung  
– [Drs. 17/11981](#) –

Die erfolgreiche Entwicklung der Hochschulen ist eine Voraussetzung dafür, Rheinland-Pfalz zukunftssicher zu gestalten, heißt es in der Vorbemerkung der Landesregierung. Ziel des Hochschulpaktes sei es, die **Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems** zu stärken und der erwarteten hohen Zahl von Studienberechtigten ein **qualitativ hochwertiges Hochschulstudium** zu ermöglichen.

Seit dem Basisjahr des Hochschulpaktes 2005 habe sich die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger um 5 523 auf insgesamt 23 058 im Jahr 2018 erhöht. Dies entspreche einem Anstieg von 31,5 Prozent.

Das Land strebe weiterhin an, möglichst vielen jungen Menschen den Weg an die Hochschulen zu öffnen. Laut Studie des [CHE \(Centrum für Hochschulentwicklung\)](#) gehörte Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 zu den Spitzenreitern im Ländervergleich im Bereich „Studieren ohne Abitur“. Seien es im Jahr 2005 noch 239 Studienanfängerinnen und -anfänger ohne „klassische“ Hochschulzugangsberechtigung (sogenannte Beruflich Qualifizierte) gewesen, die ein Studium in Rheinland-Pfalz aufnahmen, so stieg ihre Zahl auf 669 im Jahr 2018. Einen besonderen Schwerpunkt bilde das **duale Studium**. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten das duale Studium in den letzten Jahren mit Unterstützung des Landes erfolgreich ausgebaut. Dies zeige sich in der stetig wachsenden Anzahl an Studienangeboten und Studierenden.

#### **5. Bundesrat: Hilfen für die Kultur, Stärkung des Radverkehrs und Verunglimpfung von EU-Symbolen**

[Bundesrat-KOMPAKT vom 05.06.2020](#)

In seiner 990. Bundesratssitzung am 5. Juni 2020 hat der Bundesrat insgesamt 13 Gesetze abschließend gebilligt.

Hierzu zählte beispielsweise die Strafbarkeit der Verunglimpfung von EU-Symbolen. Wer eine öffentlich angebrachte [EU-Flagge willentlich beschädigt](#), macht sich künftig strafbar: Die Initiative hierzu kam aus dem Bundesrat. Auch ein Gesetz zum [Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen und Autobahnbrücken](#) wurde von dem Bundesrat gebilligt.

Selbständige Künstlerinnen und Künstler sowie Medienschaffende in der Corona-Krise müssen nach Ansicht des Bundesrates verstärkt unterstützt werden. Mit einem Vorschlag setzt sich der Bundesrat daher für Corona-Hilfen für [Kulturschaffende](#) ein.